

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnummern: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 94

Sonnabend, den 23. April 1921

12. Jahrgang

Deutschlands neuer Reparationsplan.

Die Erklärung des Ministers Simons im Reichstag.

Berlin, 22. April. Die heutige Sitzung des Reichstages begann um 2,30 Uhr. Der Reichstanzler und die meisten Reichsminister wohnten ihr bei. Vor Eintritt in die Tagesordnung führte Außenminister Dr. Simons im Namen der Reichsregierung etwa folgendes aus: Nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen hat die Reichsregierung unverzüglich Schritte getan, um eine neue Basis für Unterhandlungen mit den Alliierten zu finden, die Aussicht bot für eine praktische Lösung der Reparationsfrage. Das war nach der Meinung des Reichstages in erster Linie die Frage des Wiederaufbaus. Dieser ist auch für die Reichsregierung die dringendste Frage. Infolgedessen wurde mit dem Wiederaufbauministerium ein Plan für die technische Durchführung des Programms bearbeitet. Das Ergebnis finden Sie in der Note, die an die Reparationskommission geschickt worden ist (aber selbstverständlich der Öffentlichkeit und damit der Kritik noch nicht zugänglich gemacht. D. Red.), und die verschiedene Systeme des Wiederaufbaues zur Auswahl gibt, von denen das eine, das ausführlichste, den Vorschlägen der deutschen Gewerkschaften entspricht. Das zweite Programm war die Beschaffung von Zahlungsmitteln, die von Deutschland gefordert werden, um den Reparationsansprüchen auf finanziellem Gebiete zu begegnen. Bei der beschränkten finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands müßte das Hauptaugenmerk gerichtet werden auf Schaffung der nötigen Unterlagen für den Plan einer internationalen Anleihe, wobei Deutschland die Verzinsung und Tilgung der Anleihe zu übernehmen hätte. Auf dieser Basis hat dann die Reichsregierung Fühlung zu nehmen gesucht mit den Gegnern. Die Versuche sind zum Teil unterstützt worden durch Anerbietungen von anderer Seite, teils haben sich die Alliierten selbst zur Verfügung gestellt, um die Frage zu besprechen. Alle diese Versuche sind aber gescheitert, und darum kann ich hier auf Einzelheiten nicht eingehen. Wir haben bei diesen Versuchen, mit den Alliierten zu einer Fühlung zu kommen, auch und sogar in erster Linie an eine Vermittlung Amerikas gedacht und zwar deswegen, weil Amerika an der ganzen Frage der Lösung des Friedensproblems, durch seine Teilnahme am Kriege, durch seine entscheidende Einwirkung bei dem Ausgang des Krieges und dadurch beteiligt ist, daß es von allen Mächten die einzige ist, deren Finanzkraft sie in die Lage versetzt, wesentlich zur Lösung der Reparationsfrage zu tun. Wir befinden uns mit Amerika noch in einem formellen Kriegszustand. In dieser Lage entschloß sich die Reichsregierung, an die amerikanische Regierung die Note zu richten, die dem hohen Hause durch die Presse bekanntgeworden ist. Die Note ging hinaus auf das unbedingtste Angebot der Uebernahme der schiedsrichterlichen Entscheidung in der Frage der Reparation auf Grund einer eingehenden Prüfung. Die amerikanische Regierung hat dieses Angebot nicht angenommen. Heute mittag hat mir der Vertreter der amerikanischen Regierung, der stellvertretende Geschäftsträger Wilson, ein Memorandum überreicht, das ich auf den Tisch des Hauses niederlegen werde. (Redner verliest hierauf das Memorandum in der Uebersetzung und fährt fort:) Damit ist die Vermittlung als Schiedsmann abgelehnt, als Vermittlung in gewöhnlichen Sinne aber nicht abgelehnt. Es ergibt sich daraus, daß nunmehr unmittelbar an Erwägungen darüber eingetreten werden muß, wie gegenüber der amerikanischen Regierung die Vorschläge der deutschen Regierung zu gestalten sind, und über diese Frage wird sich zunächst die Regierung selbst schlüssig machen müssen. Die Kabinettsitzung wird heute nachmittag stattfinden und die Regierung wird morgen dem hohen Hause über die Gesamtheit ihrer Politik in der Reparationsfrage Rede und Antwort stehen. Simons schloß: Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß sie in der Formulierung der Vorschläge bis an die Grenze dessen gehen muß, was Deutschland für Reparationszwecke leisten kann (Unruhe), um so mehr, als wir leider fast das ganze Ausland gegen uns haben. Es besteht in der Welt leider die Ueberzeugung, daß Deutschland seine eigene Leistungsfähigkeit unterschätzt. Diese Ueberzeugung muß unter allen Umständen allmählich aus der Welt verschwinden nicht dadurch, daß wir nunmehr Versprechungen machen, von denen wir wissen, daß wir sie nicht halten können, sondern dadurch, daß wir dem Auslande vollständig klaren Wein einschenken über unsere Lage (Lachen und ironische Zwischenrufe links), und daß wir auf dem Wege fortgehen, den wir in Brüssel betreten haben, und der dann sehr zum Nachteil aller Beteiligten durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz und die einseitigen

Feststellungen der Alliierten unterbrochen worden ist. Hierauf verlag sich das Haus.

Nach Schluß der Sitzung trat das Reichskabinet zu einer Sitzung zusammen, um die deutschen Vorschläge zu beraten, die der amerikanischen Regierung übermittelt werden sollen. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt zu wissen, daß die Reichsregierung heute, spätestens morgen die Vorschläge an den amerikanischen Präsidenten absenden werde. Nach Schluß der Kabinettsitzung fand eine Besprechung der Regierung mit den Parteiführern statt, die als vertraulich erklärt wurde. Die Besprechung hat laut „Berliner Lokalanzeiger“ das Ergebnis gehabt, daß das Plenum des Reichstages nicht, wie ursprünglich geplant, heute nachmittag um 3 Uhr zusammen treten werde, um die Regierungserklärung über die neuen Vorschläge entgegenzunehmen. Es würden vielmehr im Laufe des heutigen Tages erneut Beratungen der Fraktionen mit der Reichsregierung stattfinden. Der „Freiheit“ zufolge werde die Verhandlung des Reichstages erst am Montag beginnen.

Nach einer Londoner Meldung des „Berliner Tageblatts“ wird aus London berichtet, daß nach der amerikanischen Antwort auf die deutsche Note die Mark an der New Yorker Börse eine feste Haltung zeigte, und es bestand rege Nachfrage, so daß sich der Kurs erheblich höher stellte als gestern. Wie die Meldung sagt, könne man hieraus die Schlussfolgerung ziehen, daß das amerikanische Publikum nicht der Ansicht ist, daß Amerika das letzte Wort in der Angelegenheit gesprochen hat.

Der Plan für die etwaige Befetzung des Ruhrgebiets.

Paris, 22. April. (Havas.) Heute vormittag fand im Außenministerium unter dem Vorsitz Briands eine Sitzung statt, um die Schlussfolgerungen der französischen Sachverständigen über die etwa notwendig werdenden Zwangsmassnahmen gegen Deutschland zu prüfen. Bei dieser Sitzung waren Marshall Foch, die Generale Burt und Wengand, sowie die Herren Doumer, Loucheur und Penhoug zugegen.

Paris, 22. 4. Die Morgenblätter bestätigen, daß die gemischte Kommission nunmehr alle Einzelheiten für den Plan zur Befetzung des Ruhrgebiets festgelegt hat. Das „Echo de Paris“ bestätigt ferner, daß man zwischen zwei verschiedenen Systemen zu wählen hatte. Das eine ging darauf hinaus, alle Bergwerke und Unternehmungen des Ruhrgebiets in die Hand der Alliierten zu spielen; das andere wollte diese den deutschen Gesellschaften zur weiteren Ausbeutung überlassen und den Alliierten nur ein Kontrollrecht übertragen. Das Letztere ist gewählt worden. Sofort nach Schluß der Sitzung sind die Ergebnisse der Beratungen dem Ministerpräsidenten Briand mitgeteilt worden, der sie im Laufe des Nachmittags auch dem italienischen Botschafter übermittelt hat.

London, 23. April. (Reuter.) Der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftskongresses erklärte, daß den Vorschlägen einer Befetzung des Ruhrgebiets mit allen diplomatischen Mitteln entgegengewirkt werden müßte. Die strittigen Fragen wären einem neutralen Schiedsgericht zu überweisen.

Plesz, Rybnik und Larnowitz für Polen?

London, 22. April. Der Berichterstatter der „Times“ in Warschau erzählt, daß die interalliierte Kommission in der schließlichen Frage die Annahme einer Lösung anempfehle, die Polen die Gebiete zuteile, in denen die Polen eine beträchtliche Mehrheit erzielen, nämlich Plesz, Rybnik, Larnowitz mit einer Anzahl durchaus polnischer Gemeinden. Die hauptsächlichsten Städte, die ja eine deutsche Mehrheit aufweisen, sollen deutsch bleiben. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß die Anempfehlung der Kommission jedoch nicht die endgültige Entscheidung der Alliierten darstellt.

Die unerschütterte Kampffront der englischen Bergarbeiter.

London, 22. April. Die Delegiertenkonzferenz der Bergarbeiter nahm eine Vertrauensstagesordnung für den Sekretär und den Volksgaueschütz an und protestierte gegen die offizielle Erklärung des Arbeiterdreibundes über den Widerstand des Streiks. Die Berichte aus den einzelnen Bergwerksdistrikten unterstützen namentlich die Forderung nach einem nationalen Lohnamt und nach Rationalisierung der Bergwerke.

London, 22. April. Die Bergleute haben einer Zusammenkunft mit dem Premierminister und den Bergwerksbesitzern zugestimmt, die heute nachmittag stattfinden sollte. Die Besprechung ist jedoch auf morgen verschoben worden.

Feiger Gedanken bängliches Schwanken.

Wer die auswärtige Politik der deutschen Reichsregierung kritisiert, der muß wohl erweise von der Erkenntnis ausgehen, daß es eine radikale Lösung der vor Deutschland liegenden Schwierigkeiten nicht gibt. Es werden nur zwei Rezepte propagiert, die eine solche radikale Lösung vorschlagen, das nationalsozialistische und das kontinentalpolitische. Beide entfernen sich aber so weit vom Boden der Wirklichkeit, daß sie für die praktische Politik überhaupt keine Bedeutung haben können. Das deutsche Volk ist nicht gewillt, seinen Boden zum Schauplatz eines neuen Weltkrieges zu machen, in dem es an der Seite eines zweifelhaften Bundesgenossen nichts als eine neue Niederlage zu erwarten hat. Für die hohle Schwärmerlei der kontinental-europäischen Verständigung — mit der Spitze gegen England — fehlen aber alle Voraussetzungen, da das heutige Frankreich es bei weitem vorzieht, Deutschland mit Erlaubnis seiner bisherigen Verbündeten immer tiefer niederzutreten, als eine Verständigung mit Deutschland gegen seinen bisherigen Hauptverbündeten einzugehen. (Wir können die schroffe Ablehnung der kontinentalpolitischen Tendenzen durch unseren Berliner Mitarbeiter nicht in vollem Umfange teilen und behalten uns vor, in Kürze unsern abweichenden Standpunkt an dieser Stelle zu begründen. D. Red.)

Die auswärtige Politik Deutschlands muß sich also dessen bewußt sein, daß sie sehr vieles, was einmal in Ordnung gebracht werden muß, heute noch nicht in Ordnung bringen kann, und daß sie von dem Zeitablauf, der die Gegenläge mißbert, mehr zu erwarten hat, als von ihrer eigenen Klugheit. Das enthebt sie aber nicht der Pflicht, Lösungen, die vielleicht erst später einmal möglich sein werden, jetzt schon vorzubereiten, und die allerschlimmsten Uebel, die dem deutschen Volke drohen, nach besten Kräften abzuwehren. Dazu bedarf sie einer klar vorgezeichneten Linie, die mit Ruhe und Zähigkeit festzuhalten ist, auf der man die große Menge des eigenen Volkes vereinen kann, und von deren Richtigkeit man schließlich auch den Gegner überzeugen zu können hoffen darf.

Diese klare Linie fehlt der deutschen Außenpolitik leider vollständig. Wieder wissen wir, wohl in Deutschland geföhrt wird, noch wissen die Gegner, was sie von deutscher Seite zu erwarten haben.

Die auswärtige Politik Deutschlands kann unter den gegebenen Umständen gar nichts anderes sein, als eine Mischung von steter Verhandlungsbereitschaft und passivem Heroismus. Bereit zu verhandeln muß man sein über alle, gleichgültig von welcher Seite erstatteten Vorschläge zur Wiedergutmachung, die praktisch durchführbar sind. Passiven Heroismus aber, moralische Kraft des Widerstandes, muß man entfalten, gegenüber Forderungen, deren Durchführung unmöglich ist, und die nicht erhoben werden, um dem Wiederaufbau Europas zu fördern, sondern nur, um Deutschland zu vernichten. Die entscheidende Frage ist, wo die Grenze zwischen Möglichem und Unmöglichem zu ziehen ist. Diese Grenze muß klar und unverrückbar sein.

Vor wenigen Wochen hat die deutsche Regierung mit der Entente in London verhandelt. Sie hat dort die Pariser Beschlüsse als undurchführbar zurückgewiesen und eigene Vorschläge erstattet, die in ihrem materiellen Inhalt sehr weit gingen, in ihrer Form, aber dem Gegner Gelehrtheit boten, sie als indiskutabel zu verwerfen. Trotz der begangenen formalen Fehler fand die deutsche Regierung in Deutschland selbst so gut wie gar keine Anfechtung. Ueberall war man geneigt, anzunehmen, daß die über Deutschland verhängten Strafmaßnahmen keineswegs auf das Schuldkonto der deutschen Regierung zu buchen, sondern lediglich auf den bösen Willen der Gegner zurückzuführen seien.

Nachdem nun die Gegner, in erster Linie Frankreich, mit neuen, noch schwereren Strafmaßnahmen gegen Deutschland gedroht haben, hat der Minister des Auswärtigen, Herr Dr. Simons, auf dem reichlich ungewöhnlichen Wege einer Unterredung mit einem französischen Zeitungsmann ein neues Angebot Deutschlands angekündigt. Inzwischen ist der Hifferuf um Vermittlung an Amerika ergangen. Alles, was über das neue Angebot in die Öffentlichkeit durchgesickert ist, haben wir auf dem Wege über die ausländische Presse erfahren. Bestimmtes weiß niemand darüber. Auch gegenüber dem Reichstag und seinem auswärtigen Ausschuß hält sich die Regierung einstweilen in die dichtesten Schleier des diplomatischen Geheimnisses. Inzwischen werden die Drohungen aus dem Westen täglich verstärkt, neue Beratungen finden zwischen Lloyd George und Briand statt, und die Unruhe im deutschen Volke wird vermehrt, ohne daß man etwas darüber weiß, ob von den neuen deutschen Vorschlägen eine Entspannung der gefährlichen Lage zu erwarten ist.

Kein Wunder, wenn im deutschen Volke der Eindruck entsteht, daß es in einem der kritischsten Augenblicke seines Daseins ohne jede feste Führung ist. Kein Wunder, daß die Frage laut wird, warum man nicht versucht hat, schon in London zu einer Einigung zu kommen, warum man vielmehr nach London gerufen hat: „Bis hierher und nicht weiter!“, wenn man ein paar Wochen darauf unter dem Druck der gegnerischen Drohungen doch wieder weiter kam, warum man das Angebot von London als das letzte beschrieb hat, wenn man so halb darauf auch schon wieder ein allerletzte bereit hat. Das muß nicht nur im deutschen Volke einen unangenehmen Eindruck machen, es muß auch die Gegner in der Auffassung befestigen, daß sich die Grenze des in Deutschland für durchführbar gehaltenen Bereichs erweitert, je nachdem der Druck von außen in Deutschland stärker oder schwächer anzuwachsen mag.

Wichtig nach der Unterredung des Herrn Dr. Simons mit Herrn Sauerwein vom „Matin“ ist in der deutschen sozialdemokratischen Presse gesagt worden, daß nun so rasch wie möglich ein wirklich äußerster Ausschuß herausgebracht werden müsse, und daß dieser Ausschuß durch Form und Inhalt prägnant sein müsse, die Stellung der Gegner möglichst zu erschüttern und die Verständigung, wenn nicht sofort herbeizuführen, so doch erfolgreich einzuleiten. Das lange Schweigen der deutschen Regierung macht aber den Eindruck des Schwankens und der Unentschiedenheit. Es gibt den Verhandlungspolitikern im besten bequemen Geleite, ihre Stimmungsmache gegen Deutschland in der ganzen Welt fortzusetzen, ohne daß von Deutschland aus eine Gegenwirkung möglich ist. Andererseits vergeht Tag um Tag, der kritische 1. Mai rückt näher, und der deutsche Vorkriegs-der ja doch im letzten Augenblick noch herauskommen wird, ist durch das lange Ärgern um die beste Wirkung gebracht worden, die er haben könnte, nämlich die einer Heberatschung. Wenn er endlich erscheint, wird die Stimmung drinnen schon so präpariert sein, daß er an dem Panzer des Mißtrauens abprallen wird, und die Zeit wird zu kurz sein, um eine bessere Heberatschung herbeizuführen.

Man kann also beim besten Willen nicht behaupten, daß die gegenwärtige deutsche Reichsregierung als die Führerin erwiesen hat, die das deutsche Volk in seiner gegenwärtigen unzulänglichen Lage braucht. Diese Reichsregierung aber ist seit dem Juni des vergangenen Jahres eine Regierung des deutschen Bürgerturns. Durch sie hat das deutsche Bürgerturn von neuem bewiesen, wie gering sein Beruf zur Politik ist, und wie es in der Führung des deutschen Volkes immer wieder versagt.

Die englischen Liberalen gegen Briand

London, 20. April. (Dena.) Das führende liberale Blatt Englands der „Manchester Guardian“, gibt in einem höchst beachtlichen Leitartikel der Besorgnis Ausdruck, daß es am 1. Mai zu einer wirtschaftlichen Tragödie in Europa kommen wird. Die englische Regierung, ganz in Anspruch genommen durch den Kohlenstreik, ist anscheinend teilnahmslos gegenüber den Drohungen, die belagern Frankreich werde, falls nicht Verträge, am 1. Mai auf eigene Faust und ohne jemand um Erlaubnis zu fragen, sich materielle Bürgschaften verschaffen, d. h. zunächst die Ruhrkohlen- und Eisenfelder, die Deutschland zu zwei Dritteln mit Kohlen und zur Hälfte mit Eisen versorgen. Ihm dies rauben, würde den Ruin Deutschlands und gleichzeitig eines großen Teils Europas bedeuten. Die unvorstellbaren Folgen heraufzubeschwören, scheint

an Wahnsinn zu grenzen.

und doch hat Briand mit der begeisterten Zustimmung der Kammer dies als sein Vorhaben erklärt. Die Franzosen ver-

Was Bebel und Liebknecht sagen würden.

Niemals in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ist der auf fatalistische Theorien zurückzuführende Glaube, durch eine Tat der gewalttätigen und willkürlichen Erhebungen die politische Macht zu erobern und die Befreiung der Arbeiterklasse vorzubereiten, so gründlich zerlegt und als schädigend für die Arbeiterbewegung nachgewiesen worden als jemals durch Karl Marx. Seit Marx gilt daher die politische Methode der Gewaltanwendung in der internationalen Ideologie als überwunden. Demnach hat es in der Sozialdemokratie wiederholt Perioden gegeben, wo sich Vertreter dieser Anschauung in der sozialdemokratischen Bewegung bemerkbar machten und hier Unheil anzukündigen versuchten. In den siebziger Jahren war es Rosa und sein Anhang, der in seinem Blatte nicht nur die radikalsten Töne gegen die herrschenden Klassen anschlug, sondern seinen Jüngern auch Unterricht in der Anfertigung von Bomben und ähnlichen Sprengmitteln erteilte. Indessen trat Sozialistengesetz und damit verbundene Drangsalierung der sozialdemokratischen Arbeiter fand er keinen Aktionärsboden. Hoffentlich später nach Amerika, legte auch dort seine Agitation fort, aber mit demselben Mißerfolg.

Anfang der neunziger Jahre machten sich wieder ähnliche Bestrebungen in der Sozialdemokratie bemerkbar. Es war die Bewegung der „Jungen“, zu deren Führern damals unter anderem Männer wie Bruno Wille, Schippel etc. gehörten. Auch die „Jungen“ waren mit der von der Partei befolgten Kampfstrategie nicht einverstanden. Sie hielten nichts von parlamentarischer Betätigung, nichts von gewalttätigen Kampf, und sie beschuldigten die „Alten“, die deutsche Arbeiterbewegung verbürgerlicht und durch die Taktik der schrittweisen Eroberung immer neuer Machtpositionen die Arbeiterklasse verraten zu haben. Aber auch diese Stimmung der „Jungen“ fand ihr Ende, ohne allzu große Bemerkungen in der deutschen Sozialdemokratie hervorgerufen zu haben. In späteren Jahren hat es noch einmal eine Erhebung dieser Art durch den Friedfertigen Anarcho-Sozialismus gegeben. Auch dieser war so bedeutungslos, daß er keine allzu schädigende Nachwirkungen hinterließ.

Wenn die Geduld bei dem Verschleppungsspiel Deutschlands in der Begabung, und sie werden von Paris erlöst durch die Möglichkeit, daß sich Deutschland wieder erholen könnte. In dieser Angst vergessen sie ihre eigenen Interessen. Wenn sie Deutschland nicht zur Begabung bringen können, so könnten sie es, meinen sie, wenigstens ohnmächtig machen; möglicherweise können ihnen gar beides mit einem Strich gelingen. Die Franzosen würden vielleicht ihre Heere in das Herz Deutschlands einmarschieren lassen, dessen Industrie vollständig zugrunde richten und jede Schadenersatzzahlung ganz unmöglich machen. Für einen nächstern Betrachter sind diese Ausichten wenig verlockend, sie sind es nicht einmal vom französischen Standpunkt, von jedem anderen Gesichtspunkt sind sie einfach verhängnisvoll. Die wirtschaftliche Erholung Europas würde einen fürchterlichen Rückschlag erleiden, ein neuer Krieg wäre gegen einen zu Boden gestreuten, wehrlosen Feind erklärt. Demin würde sich die Hände reiben.

Derartige vertritt sich mit dem Friedensvertrag natürlich nicht.

Er steht bei Nichterfüllung der Bedingungen seine eigenen Interessen vor: Die Eröffnung eines neuen Krieges und ein Einbruch in Deutschland sind nicht darunter. Ueberdies verlangt der Vertrag, daß jedes Vorgehen gemeinschaftlich sei, und es ist ja

einfach undenkbar, daß England sich an einem solchen alles entscheidenden Wahnsinn beteiligen könnte.

Frankreich beabsichtigt auch gar nicht, gemäß den Vertragsbedingungen vorzugehen. Deutschland und England haben die schwere Verpflichtung, alles mögliche zu tun, um dieses große Unheil abzumenden. Dr. Simons hat erklärt, vor dem verhängnisvollen 1. Mai neue Vorschläge machen zu wollen gemäß dem von Frankreich selbst gebilligten Grundsatz wechselseitiger Nachsichtungen, entsprechend einem vereinbarten Maßstab, wie dem Umfang der deutschen Ausfuhr. Wäre er dies schnell tun! England und Amerika ihrerseits müssen Frankreich darüber beruhigen, daß sie es nicht im Stich lassen wollen im Falle eines künftigen deutschen Angriffs. Ein förmliches Bündnis ist nicht möglich, ein enges und freundschaftliches Einverständnis würde in seiner Wirkung auf Deutschland daselbe erreichen. Aber wenn kein wirklicher Bruch in den guten Beziehungen zwischen England und Frankreich und wachsende Entfremdung eintreten lassen, dann muß man auf französischer Seite auch den englischen Gesichtspunkt würdigen, der mehr und mehr Frieden in Europa und die Wiederherstellung des Handels verlangt. Richtig verstanden wäre das auch Frankreichs Interesse. Eins ist jedenfalls klar: Wir können uns nicht an einer Politik der Gewalttätigkeiten beteiligen, auf die gegenwärtig die französische Regierung loszusteuern scheint. Versteht sie es damit, so muß sie es allein tun, auf die Gefahr einer tödlichen Schädigung Frankreichs selbst, seiner Bundesgenossen und Europas.

Die kommunistische Selbstzerfetzung.

Berlin, 22. April. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist nun auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Reich, der zugleich Mitglied der Hamburger Bürgerwehr ist, aus der DAPD ausgeschlossen worden. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er den Hamburger Putsch vom 23. März nicht mitgemacht hat, und daß er, trotzdem die kommunistische Zentrale ihm sein Mandat zur Hamburger Bürgerwehr entzogen hat, Mitglied der Bürgerwehr geblieben ist. Wie der „Vorwärts“ dazu bemerkt, werden die Ausgeschlossenen der DAPD bald eine neue Partei bilden, die stärker ist, als die Gruppe derer, von der sie ausgeschlossen worden sind. Wir schlagen dafür den Namen „Kommunistische Arbeiter-Genossenschaft“ vor.

An diese Dinge wird man erinnert durch die gewalttätige Erhebung der Kommunisten in diesen Märztagen. Von besonderem Interesse ist ein Rückblick auf die Auseinandersetzungen, die insbesondere die Bewegung der „Jungen“ in der sozialdemokratischen Partei seinerzeit hervorgerufen hat. Es war auf dem Parteitag in Halle, dem ersten nach dem Fall des Sozialistengesetzes, wo der Kampf zwischen den „Alten“ und den „Jungen“ ausgetragen wurde. Da die heutigen Kommunisten sich stets mit übermäßiger Zungenkraft auf diese Altmeister der sozialdemokratischen Taktik berufen, lohnt es sich daher besonders, zu zeigen, welche Stellung Liebknecht und Bebel damals zu der von den „Jungen“ verfochtenen Theorie der Gewaltanwendung eingenommen hatten.

Hauptwortführer der „Alten“ war Wilhelm Liebknecht. Nachdem er den „Jungen“ vorgeworfen, sie hätten eine anarchische Taktik von der Partei verlangt, fuhr er fort:

„Wenn die Herren den Parlamentarismus, die Beteiligung an der Tätigkeit auf gesetzlichem Wege verwerfen, so ist das die anarchische Theorie, die uns jetzt in verächtlicher, allerdings auch in unendlich unreifer Form hier entgegentritt und bei der Opposition vorzukommen ist. Denn das alles hat ja der Herr Woll schon früher uns viel deutlicher und viel logischer auseinandergesetzt als die Herren, die das jetzt predigen. Das ist für uns ein sehr altes Kamel. Ich sage, der Fraktion vorzuziehen, daß sie mit dem Kopfe nicht blühdings durch die Wand gerannt ist, das heißt einfach, ihr vorwerfen, daß sie verurteilte gehandelt hat. Der verurteilte Mann kennt Wille und Wege, und unvernünftige, gewalttätige Wege geben nur Mord!“

Liebknecht führte dann weiter aus: „Wir verwerfen entschieden die rohe Gewalt. Ist unsere Partei eine Partei der Gewalt? Man sagt, wir seien eine Partei der Revolution. Sowohl das sind wir nicht, als wir die einzige Partei sind, die vollständig die heutige Produktionsform umgestalten will, auf welcher der Sozialismus beruht. Die Revolution, welche uns zu dem Recht gibt, ist diejenige, welche aufstrebend an die Massen appelliert und bemerkt, daß die Arbeiter gegen das rote Kaiserthum die gewaltige soziale Bewegung predigen werden.“

Der italo-polnische Grenzschacher.

Berlin, 21. April. Ueber die Eröffnung der italo-polnischen Konferenz in Brüssel ist bei der diesigen italo-polnischen Gesandtschaft folgender Bericht eingegangen: Gestern um 8 Uhr nachmittags eröffnete Hymans in den Räumen des Außenministeriums die Konferenz. Die italo-polnische Delegation unter Führung von Galvanoukas war fast vollständig erschienen. An Stelle des bisherigen polnischen Vertreters des Völkerbundes, Professor Kistenazy, war der polnische Gesandtschaftsträger in Brüssel, Graf Sobanski, erschienen. Hymans erklärte, daß er nicht Schiedsrichter, sondern unparteiischer Richter sei, und wies mit Nachdruck auf die Beilegung des Konflikts und die Notwendigkeit seiner Lösung hin. Die Verhandlungen werden vermutlich 10 Tage dauern. Vor dem Schluß der Sitzung ergriff Galvanoukas das Wort und erklärte es im Hinblick auf das gebührende Fortschreiten der Verhandlungen für wünschenswert, daß die polnische Delegation den Bedingungen des Vertrages von Cumalci Rechnung trage.

Rom, 20. April. Wie der Sonderberichterstatter der italo-polnischen Telegramm-Agentur aus Brüssel mitteilt, hat Hymans in einer Besprechung mit dem Vorsitzenden der italo-polnischen Delegation, Galvanoukas, lediglich die allgemeine Lage berührt. Balfour und andere Mitglieder des Völkerbundes werden sich nach Brüssel begeben. Oberst Charpigny befindet sich in Paris. Die Verhandlungen werden im belgischen Außenministerium geführt.

Rom, 20. April. (Italo-polnische Telegramm-Agentur.) In dem Zeitraum zwischen dem 19. und 20. April überschritten polnische Abteilungen die Curzon-Linie bei Smilichschla und Radischli. Im letzteren Dorfe kam es zu heftigen Zusammenstößen, wonach die Polen sich zurückzogen. Später haben die polnischen Erkundungsabteilungen Giodrooce angegriffen. Eine Abteilung drang in Schirwindt ein und verließ den Ort, nachdem sie die Einwohner gründlich ausgeplündert hatte. (Gegen solche Räuberargumente ist doch wohl auch der Völkerbund-Homunculus machtlos. D. Red.)

Polens Anteil an den Ententemaßnahmen gegen Deutschland.

D. E. Der Außenminister Sapieha soll Korfonty folgen, der bereits zur Vertretung der polnischen Interessen in der obersten polnischen Frage nach Paris gereist ist. Der polnische Ministerrat bereitet eine Verordnung vor, die sich auf die Teilnahme Polens an der 50-Prozent-Abgabe von dem deutschen Import bezieht. Ungelöst sind die tatsächlichen Verhältnisse, die jetzt bereits einer deutschen Ausfuhrsperrre gegenüber Polen nahekommen, hat dieser Umstand nur die Folge, daß die polnischen Detaillisten, die deutsche Waren bisher durch Vergünstigung oder Schmuggel dennoch erhielten, sofort, noch bevor die Verordnung erlassen ist, mit Preisausschlägen begonnen haben unter der Begründung, daß die 50-prozentige Abgabe entrichtet werden müsse. Daher verfolgt der Handelsminister die Tendenz, diese Angelegenheit im Hinblick auf die Vertagung des Sejms bis zum 10. Mai hinauszuschieben. Gleichzeitig taucht ferner die Erörterung eines etwaigen Anteils Polens an den militärischen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland auf. Noch vor einigen Wochen erklärte der „Kurjer Polski“ die Rolle Polens als Berichtspolizeier für die Ententeforderungen für eine politische Groteske. Heute ist die Stimmung der maßgebenden Kreise nicht mehr so besonnen, und zwar, weil die erwähnte Mitwirkung im Lichte gewisser oberster polnischer Berechnungen verlockender erscheint. Freilich bestehen Zweifel darüber, ob irgend eine andere Großmacht, außer Frankreich, ihre Zustimmung hierzu erteilen würde. Frankreichs alleinige Bedingung wird aber vielfach als unzureichend angesehen.

verschwindet. Das steht in unserem Programm geschrieben. Aber Anwendung von Gewalt? Ich denke, darin sind uns unsere Gegner über! Und was wäre dann mit einem Appell an die Gewalt gewonnen? Es ist jetzt in diesem Monat das dritte Jahr gewesen, daß die Märtyrer von Chicago am Galgen hüten mußten. Und wer hat sie an den Galgen geführt? Die unglückliche Theorie, die da glaubte, der bürgerlichen Gesellschaft könne man mit Gewalt entgegenzutreten. Wenn wir uns einmal auf den Boden stellen wollen: Gewalt gegen Gewalt, dann sind wir entschieden verloren. Wir sind 20 Prozent der Bevölkerung, wir sind die stärkste Partei. Aber gegen uns stehen die 80 Prozent der Bevölkerung. Und wenn wir proklamieren, wir wollen unser Ziel durch die Gewalt erreichen — nun, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Die Gegner haben die Soldaten: sie sperren uns ins Zuchthaus, oder noch vernünftiger: wollen wir so etwas sagen, ins Narrenhaus, denn dahin gehörten wir. Wir wollen den Kampf ruhig weiter führen. Wir wollen versuchen, die 80 Prozent noch für uns zu erobern. Aber wir wollen nicht durch Verträge Maßnahmen unsere Kräfte verpulvern und für unsere Gegner arbeiten statt für uns.“

In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Bebel. Man kann daraus ersehen, mit welcher Berechtigung sich die heutigen Kommunisten auf diese beiden Männer berufen können, um ihre wahnwitzigen Putschversuche zu rechtfertigen. Die Aufstellung Wilhelm Liebknechts und August Bebel hat die einzige Möglichkeit, weiter zu kommen und die Ziele der Sozialdemokratie zu verwirklichen. Leider haben Unabhängige und Kommunisten den zwar beschwerlichen, aber sicheren Weg zum Ziele verlassen und sind zu Kampfmethoden zurückgekehrt, die den Sozialismus unendlich schädigen und schänden und nur die eine Folge haben, daß sie die Reaktion stärken. Die Paragone Liebknechts zeigen aber auch weiter, wie wenig Recht jene inkonsequenten Gewaltanwender haben, sich Sozialisten zu nennen. Nicht Sozialisten sind es, sondern Anarchisten, nicht Aufhauerarbeit ist es, die sie leisten, sondern Herföhrung und Vernichtung dessen, wofür Männer wie Liebknecht und Bebel ihre ganze Kraft eingesetzt haben.

Willenlose Unterwerfung des Magistrats.

Stadtvorordneten-Sitzung vom 22. April 1921.

Nach Eröffnung der Sitzung gegen 1/2 Uhr erfolgte zunächst die Einführung der Stadtv. Frau Marie Demke (Str.) an Stelle des ausgeschiedenen Stadtv. Weich.

Widerspruchlos erfolgt die Wahl eines besonderen Ausschusses zur Nachprüfung der in den Haushaltsplänen eingeleiteten Heizung- und Beleuchtungskosten für die Dienstwohnungen der Beamten, sowie von Ersatzmitgliedern zu ewigen Ausschüssen und von Armen- und Waisenhelfern.

Zur Besprechung steht dann die

angekündigte Übernahme der Magistratsgeschäfte auf den Senat.

Hierzu liegt folgender Antrag der Unabhängigen und Kommunisten vor:

Die Stadtvorordnetenversammlung wolle beschließen: Die vom Senat am 1. Mai angekündigte Übernahme der Geschäfte des Magistrats wird von der Stadtvorordnetenversammlung abgelehnt, weil ein solches Vorgehen im Widerspruch zur Städteordnung und zur Verfassung der freien Stadt Danzig steht. Die Stadtvorordnetenversammlung ersucht den Magistrat, auf seinem Posten zu verbleiben, bis gemäß Artikel 118 der Verfassung die Stadtvorordnetenversammlung durch die Stadtbürgerchaft abgelöst wird. Sodann hat auch der Magistrat die Geschäfte der Stadt an den Senat abzutreten.

Die bürgerlichen Fraktionen legen eine auch von den Polen unterschriebene Entschließung mit nachstehendem Wortlaut vor:

Die Stadtvorordnetenversammlung bedauert die nach der Aufhebung der übernehmenden Mehrheit überführte Übernahme der Magistratsgeschäfte durch den Senat nach vor der Fertigstellung des Stadtbürgerchaftsgesetzes und muß die Verantwortung für die Folgen dieser Maßnahme dem Senat überlassen.

Wenn der Senat auf die weitere Mitarbeit der Stadtvorordnetenversammlung und deren Ausschüsse in der bisherigen Weise Anspruch erhebt, so ist für die Stadtvorordnetenversammlung dabei voranzutreten, daß der Senat der Stadtvorordnetenversammlung gegenüber nur genau die gleiche Stellung einzunehmen berechtigt ist, wie bisher der Magistrat, und daß sowohl hierfür als auch für das Fortbestehen der Stadtvorordnetenversammlung bis zur Fertigstellung des Stadtbürgerchaftsgesetzes die erforderlichen rechtlichen Garantien gegeben werden.

Zur Wahrung der der Stadt Danzig nach Artikel 68 der Verfassung verbrieften Selbständigkeit ihrer Vermögensverwaltung fordert die Stadtvorordnetenversammlung die unverzügliche Aufnahme des Vermögensbestandes der Stadt nach dem Stand vom 1. Mai und die völlig getrennte Verwaltung des städtischen Vermögens und der Einkünfte auch in der Zukunft. Des weiteren hält die Stadtvorordnetenversammlung die Sicherstellung der wirtschaftlichen Rechte der bisherigen Magistratsmitglieder für dringend erstrebenswert, um nach Möglichkeit deren Arbeitskraft und Erfahrung dem neuen Staate zu sichern.

Der Senat hat in einem Schreiben an den Vorsitz der Stadtvorordnetenversammlung seine Auffassung über das zukünftige Verhältnis zwischen Senat und Stadtvorordnetenversammlung mitgeteilt. Die Stadtvorordnetenversammlung soll als beschließende Körperschaft solange bestehen bleiben, bis die Stadtbürgerchaft gebildet ist. In Stelle des Magistrats soll der Senat treten und soll dieser zur Stadtvorordnetenversammlung dieselbe rechtliche Stellung einnehmen wie bis jetzt der Magistrat. Der Verein der Kommunalbeamten hat in einem Schreiben der höchsten Ausdruck gegeben, daß er als Vertreter der Kommunalbeamten zu der bedeutungsvollen Umstellung der Stadtverwaltung noch ausdrücklich gehört werde, was bisher zum Bedauern der Beamten nicht geschehen wäre.

Der Unfall des Magistrats.

Bürgermeister Ball: Der Magistrat hat zu dieser Vorlage keinen Antrag gestellt, um die Stellungnahme der Stadtvorordnetenversammlung nicht zu beeinflussen. Der Senat ist trotz der im Schriftwechsel mehrfach dargelegten Gründe des Magistrats bei seinem Standpunkt verblieben und fordert die Übernahme der Magistratsgeschäfte zum 1. Mai. Der Senat hätte sich nicht vergeblich, den Zeitpunkt der Geschäftsübernahme um einige Monate hinauszuschieben. Der klare Wortlaut der Verfassung, daß die

Geschäfte des Magistrats und der Stadtvorordnetenversammlung vom Senat und der Stadtbürgerchaft übernommen werden sollen, spricht gegen die Auffassung des Senats. Der Magistrat steht nach wie vor auf dem bisher von ihm eingenommenen Rechtsstandpunkt. Insofern steht er sich nicht in der Lage, der Aufforderung, auf seinem Posten zu bleiben, Folge zu geben. Es ist für den Magistrat ausgeschlossen, die Verwaltungsgeschäfte zwischen ihm und dem Senat darauf zu übertragen, die Spitze zu treiben. Damit würde zu den vielen großen Schwierigkeiten, mit denen Stadt und Staat heute zu kämpfen haben, eine neue außerordentliche hinzutreten und eine kaum wieder gutzumachende Vermischung geschaffen werden. Um dies zu vermeiden, tritt der Magistrat im Interesse der Stadt Danzig zurück, ohne aus dem Rechtsstandpunkt die äußersten Forderungen zu ziehen. Der Senat hat die Verantwortung für seine Maßnahmen zu tragen, die mit der Verfassung nicht im Einklang stehen. Der Magistrat hört nach mehr als hundertjährigem Wirken am 1. Mai zu bestehen auf. Daß seine Lage gefährlich ist, war seit Erlass der Verfassung klar. Wir letzte Magistratsmitglieder bedauern aber sehr, daß wir das Amt, das uns durch das Vertrauen der Stadtvorordnetenversammlung übertragen ist, früher, als wir es nach der Verfassung erwarten durften, aufgeben müssen, ohne die Sicherung der Rechte der alten Stadt Danzig, die wir erstreben, erreicht zu haben. Möge es der Stadtvorordnetenversammlung gelingen, soweit es an ihr liegt, das Geschick unserer Stadt und damit des ganzen Freistaats gut zu gestalten.

Hg. Kahn (Rom.) hält die Erhebung des Bürgermeisters für verfrüht. Der Senat treibe Verfassungsbruch, antwortete diese als berufene Instanz zu schützen. Er, Kahn, hätte die Ehre gehabt, neben anderen erlauchten Mitgliedern der Versammlung an der Verfassung mitzuarbeiten. Die Verfassung bestimmte ausdrücklich, daß die Stadtvorordnetenversammlung und der Magistrat bestehen bleiben, bis die Verwaltung vom Senat und der Stadtbürgerchaft übernommen würden. Der Magistrat habe die Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben. Das Verlangen des Senats auf Aufhebung des Magistrats entzöge offen zutage tretenden Gegenständen. Der Senat wolle sich den unannehmen Maßnahmen des Magistrats, der dem Senat größerer Vorrechte gegeben habe, entziehen. Der Senat könne nicht die Verwaltungsinstanz der Stadtvorordnetenversammlung sein. Der Senat könne sich nicht durchsetzen, wenn die Stadtvorordneten die Zusammenkunft mit diesem ablehnen. Die Gesetze und Verfassung müsse man schützen und dem Senat, der sie verletzt, gehörig auf die Finger klopfen. Der Senatsbeschluss wäre auch nicht einstimmig.

Stadtv. Rohde (D. P.) lehnt den Antrag der Linken ab. Die bestehenden Schwierigkeiten dürften nicht zögerlich werden. Die Stadtvorordnetenversammlung könne nicht die Verantwortung übernehmen, daß sie zur tatsächlichen Behörde herabstiege. Man habe jedoch nicht die Macht, die Auffassung der Stadtvorordnetenversammlung gegenüber dem Senat durchzusetzen. Erwarten müsse man, daß die alten angestammten Rechte der Stadt bestehen bleiben. Stadtv. Brunen (Etnat.) meint, daß Menschenkräfte zu schwach waren, den Senat umzustimmen!

Genosse Grünhagen: Wir sind grundsätzlich mit der Zusammenlegung der Verwaltung einverstanden. Der Senat ist jedoch zu seinem Vorgehen nicht berechtigt, da die Verfassung noch nicht genehmigt ist. Der gestellte Termin zur ordnungsgemäßen Übergabe der Magistratsgeschäfte ist zu kurz. Die Vermögensverhältnisse müssen vorher einwandfrei festgestellt werden. Nach den Ausführungen Kahns muß man folgern, daß dem Senat daran liegt, die Vermögensverhältnisse zu verwickeln. Der Unfall der Bürgerlichen und des Magistrats gegenüber dem Verlangen des Senats ist ein Trauerspiel. In zahlreichen Sitzungen und in der Presse ist immer wieder klar gemacht, daß das Vorgehen des Senats nicht berechtigt ist und unmöglich durchgeführt werden könne. Heute weiß uns nun der Magistrat nur noch zu sagen, daß er die Ehre habe, zum 1. Mai zu gehen. Wenn Stadtv. Rohde sagt, daß man sich gegen die Schmälerung der Rechte der Stadt zu wehren wissen werde, soll man jetzt den Anfang damit machen. Es ist genau die gleiche Komödie, die wir mit dem Unfall der Bürgerlichen in Sachen des Generalkommunales — Gating erlebt haben. Der erbärmliche Unfall des Magistrats beweist, daß er

gar nicht wert ist, weiter im Amt zu bleiben. Der Senat und der Magistrat sind in ihrer reaktionären Tendenz einander gleich wert. Die Angelegenheit nimmt vor allen Dingen ein so schändliches Ende, weil die persönlichen Interessen der Magistratsmitglieder allzu stark in den Vordergrund getreten sind. Man hat in allen Schreiben betont, erst müssen die Rechte des Magistrats gesichert werden, dann kann auch alles andere geregelt werden. Die Beamten sind nur wegen des Volkes und nicht ihrer selbst willen da. Zu keiner Behaltensfrage hat der Senat Zeit gefunden, jedoch nicht zur Ausarbeitung des Gesetzes über die Stadtbürgerchaft. Die Verhandlungen des Senats sind der Schlüssel zu seinem Vorgehen. Das Vorgehen des Senats ist um so unbedeutender, als seine grundlegende Veränderung bevorsteht. Die bürgerlichen Parteien haben keine Grundzüge, sonst hätten sie ihre Mitglieder im Senat zu einer andern Stellung veranlaßt. Da der Magistrat jedoch selbst seine Rechte aufgibt, ist es eigentlich grotesk, ihm noch wieder Lebensluft einzupusten. (Beifall links.)

Stadtv. Ewert (Str.) erklärt, daß es ihm schwer falle, zu dieser Angelegenheit zu sprechen, da die Volkspartei seiner Partei eine andere Stellung einnehme. Der Magistrat hätte eigentlich die Pflicht, auf dem Posten zu bleiben. Für den Antrag der Linken könnte seine Fraktion jedoch nicht stimmen. Wenn er im Volkstage sähe, was mancher seiner Parteifreunde nicht in den Senat hineingekommen.

Stadtv. Hermann (D. P.) hat sich bemüht, die Auffassung des Senats zu erläutern.

Stadtv. Schauer (U. S. P.) bringt keine neuen Momente mehr vor. Wenn die Entschließung der Bürgerlichen nicht so verfaßt wäre, würde man den Antrag der U. S. P. und Kommunisten zurückziehen, um eine einheitliche Stellungnahme der Stadtvorordnetenversammlung herbeizuführen.

Stadtv. Treßler (Vole) zieht seine Unterschrift unter der Entschließung der Bürgerlichen zurück, da die Polen die Abdankungserklärung des Magistrats erst für den nächsten Freitag erwarteten. Stadtv. Subjanski (Vole) spricht sich gegen das Verlangen des Senats aus.

Bürgermeister Ball fragt, was der Magistrat tun solle, wenn der Senat die Geschäfte am 1. Mai übernehme. Persönliche Interessen der Magistratsmitglieder können nicht in Frage. So niedrig solle man den Magistrat nicht einschätzen. (Stadtv. Brunen ruf: Das tun nur niedrige Menschen!)

Genosse Grünhagen verwahrt sich energisch gegen den persönlich beleidigenden Zwischenruf Brunens. Seine Ausführungen gegen die Interessenspolitik des Magistrats hätte sich nicht gegen bestimmte Personen gerichtet.

In der Abstimmung wird der Antrag der U. S. P. und D. P. D. mit 29 gegen 10 Stimmen abgelehnt und die Entschließung der Bürgerlichen bei gleichem Stimmenverhältnis angenommen.

Die Mittel für die Herrichtung des ehemaligen Münzbergischen Holzlagerplatzes als Lagerplatz der Tiefbau- und Kanalmeßwerkstatt auf dem Pumpwerke Rämpe zu Wohnzwecken und für bauliche Anlagen auf dem Kurhausgrundstück in Preßen werden debattelos bewilligt.

Die erste Lesung des Haushaltsplanes für 1921 des Danziger Stadtmuseums wird zurückgestellt. Die erste Lesung des Haushaltsplanes für 1921 des Stadttheaters wird auf Vorschlag des Gemeinen Willyki verabschiedet.

Schluss der öffentlichen Sitzung nach 7 1/2 Uhr.

Aus dem deutschen Osten.

Automobilunglück mit schweren Folgen bei Königsberg. Der Glasermeister Walter Siebert, Königsberg, unternahm gestern nachmittags in seinem Auto eine Fahrt nach Willau, wobei ihm der Geschäftsführer Rosenberger aus dem „Frankistaner“, Königsberg, Gesellschaft leistete. Auf der Fuchsbirger Chaussee begegneten sie einem überdüngten Fuhrwerk, die Pferde scheuten, das Auto wich aus, fuhr mit voller Gewalt gegen einen Baum und wurde vernichtet. Die Insassen stiegen heraus, der Chauffeur war sofort tot, die beiden anderen wurden schwer verletzt in die Chirurgische Klinik geschafft. Im Laufe der Nacht starb Rosenberger an den Folgen seiner Verletzungen, Siebert büßte mit dem Leben davontommen.



Rähmscher Schnupftabak

(Gesehlich geschützt.) Die gestiegene Nachfrage ist der Beweis, daß die Qualität vorzüglich ist.



B. Schmidt Nachf.

Fabrik-Niederlage DANZIG Danzig-Schildlg Rähm Nr. 18 Telefon 2327 Karthäuserstr. 118 Telefon 2747



Der Sternsteinhof.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Angenauer.

48) (Fortsetzung.)

Sie war nun allerdings unbestritten Herrin im Hause, in welchem? Wer war sie? Des Zwischenbüblers Herrgottmachers Weib! — Wenn sie abends mit dem kleinen Hans auf dem Arme unter die Türe trat und hinauf sah zu dem Sternsteinhofe, der mit vom Sonnenuntergange erglänzenden Fenstern vor ihr lag, wie sie als Kind oft ihn gesehen, dann hätte sie gerne Steine von der Straße rafften und alle die blutenden Scherben zu Scherben werfen mögen, aber wie weit, wie weit lag der prangende Hof, für sie wohl gar wie aus der Welt!

Einmal streifte das Kind nach dem Gesindel auf der Höhe die Hermden aus, sie sah es überfallen an. „Weißt du auch, wo du hingehst? Wo wir allzwei soeben sitzen, wenn auf Wort und Schrei unter den Menschen ein Verlock war?“

Die Alte schob ihr plötzlich in das Gesicht, sie sah schon um sich, ob jemand in der Nähe war, der sie gehört haben könnte.

„Nur nicht! Der Frau meint ihn nah, wie zum greiseln. Wo das was vorbedeutet? Mein Jesus, den Gedanken mit Los zu werden, was das für ein Unsum ist.“

Sie stand und starrte hinaus, bis der Glanz erloschen war.

In der Arbeitsstube aber sah der Mann, am Werkische verknüppelt und verknüppelt, fleißig schnitzend und pinselnd, gefasste Figuren, angelegene Puppen, aber seine Werkzeuge waren es zu treiben, und dessen war er es auch.

15.

Es war eine gar eigenartige Begräbnis, die zwischen Vater und Sohn stattfand, als nach dreijähriger Militärzeit der Toni auf den Sternsteinhof zurückkehrte.

Die beiden wußten die lange Zeit über nur wenig voneinander. Schreiben war eben nicht ihre Sache. Der Alte überließ es dem Schulmeister, mit einigen Worten das Geld zu begleiten, das dem Burtschen regelmäßig zugewandt wurde, damit sich derselbe auch

im Soldatenstande als der reiche Bauerhohn „zeigen“ konnte; der Junge schrieb nur, wenn er mitten im Monat in die Klemme geriet und erhielt auch stets das Geld, dann aber mit ein paar eigenhändigen Zeilen des Sternsteinhofers, welche weder Namen noch Segenswünsche enthielten.

Als der Alte den Brief empfing, der die Ankunft des Sohnes für den folgenden Tag anzeigte, ließ er das Steiner-Wägelchen instand setzen, und ein Anecht wußte in der Nacht hinüberfahren nach der Kreisstadt, welche an der Bahn lag.

Am andern Morgen raffte das Gefährt in den Hof. Der Sternsteinhofbauer stand an der Schwelle des Hauses, die Hände über den Rücken gelegt, und betrachtete den Heimkehrenden aufmerksam. Wie jener stehen, so blieb dieser sitzen.

„Na, da wir ich wieder,“ sagte er, und nach einer Weile: „Grüß Gott, Vater.“

Der Alte nickte. „Grüß dich Gott. Siehst, jetzt bist wieder da, hast es überstanden.“

„Reservist bin ich halt,“ murrte der Burtsche.

Der Bauer war gleichmäßig den Kopf auf, als wollte er bedeuten: Weh! es ohnehin, und obwohl er merkte, daß Gesicht des Burtschen, weiß und weiß mit blauen Ringen um die Augen, läßt nicht nur übermäßig so aus, sagte er doch zu ihm: „Schauft gut aus, hat dir nit schlecht angefallen.“

„Wo, etwa nit? Das ging einem noch ab!“ rief Toni. Er schwang sich vom Wagen, stampfte mit den Füßen auf und redete sich. „Ah, das war a Raderel und Gerumzeren. Froh, wann mer wieder auf den Füßen ist! Bis zum Essen is wohl noch a Weil hin!“

„Doh schon, aber wüßst vorher was —?“

„Rein, dank schön. Hast wohl nit dagegen, wann ich mich berweil bissel unten im Ort umschau?“

„War nit.“

Toni hob die Hand zum Futzande, wie er als Soldat gewohnt war, sie zum Grube an den Schirm der Kappe zu legen, schwenkte um und ging hinauf nach Zwischenbühl.

Er schlenderte längs des Baches hin. Sie und da ward er aus den Häusern grüßend angerufen, eines aber das andere ließ ihn wohl auch in den Weg, aber er fertigte die Neugierigen mit kurzen Gegentreden ab und schritt weiter nach dem unteren Ende des Ortes. Nahe der vorletzten Hütte, inmitten der Straße, spielte ein Kind im Sande, er kam bis auf wenige Schritte an dasselbe heran und blieb, es beobachtend, stehen, und als es nun das kraushaarige Köpfchen hob und ihn mit den großen, braunen Augen anblickte, trat er rasch zu ihm, schon beugte er sich herab und hob die Hand, um den Scheitel des Kindes zu streicheln, da stürzte Selene herbei und rief das Kind vom Boden an sich.

„Du, rühr mir es nit an,“ leuchtete sie.

„Nur nicht, warum gerad ich nit?“ flüsterte er.

„Du fragst?“ zischte sie zwischen den Zähnen hervor. Aus ihrem leichenblauen Gesichte strahlten ihn ihre Augen so prunkförmig an, daß er unwillkürlich einen Schritt zurücktrat, dann aber verzerrte er den Mund und stieß ein paar kurzabstehende Nachlaute hervor, doch sie kehrte sich ab von ihm und schritt, das zappelnde Kind an der Hand nachgerend, der Hütte zu.

Als der Sternsteinhofbauer mittags den Keller von sich schob und sich behaglich in den Großvaterstuhl zurücklehnte, fragte er den gegenüberstehenden Toni: „Na, Neugierigen im Ort?“

Der Burtsche zuckte die Achseln.

„Doh trau ich mir zu raten, daß es dich gemaltig neugierig hat nach der jungen Herrgottmaderin.“

„Nun ja, Begegnet haben mer sich.“

Der Alte zog die Brauen in die Höhe und warf einen ausholenden Blick nach dem Burtschen.

„Bin ungnädig genug aufgenommen worden,“ lachte der ärgerlich.

„Geschlecht dir ganz recht. Hätte ich dir vorausgesagt, einbildlicher Ding! Du bist ihr nermal im Sinn gelegen, der Hof ist es gewest und hilt siehst du lieber einen Hasen üvern Weg laufen, wie dich. Doh is nit dattet, do tut keinem was zu Liebe ohne absehen und nun hätte es ja gar keinen! Darum mache dir keine unberlaubten Gedanken.“

Zigaretten.

Alle die Zigaretten, mancher sogar sehr feine und dazu gehörend auch die Zigaretten. Doch hat es den Anschein, als ob niemand...

Ein neuer Gatt hat ein etwa schlagförmiges Stopp mit sehr wertvollen...

Die Zigaretten sind nicht mehr so wie früher, sondern sind jetzt...

Die Zigaretten sind nicht mehr so wie früher, sondern sind jetzt...

Die Zigaretten sind nicht mehr so wie früher, sondern sind jetzt...

Die Zigaretten sind nicht mehr so wie früher, sondern sind jetzt...

Die Zigaretten sind nicht mehr so wie früher, sondern sind jetzt...

Aus den Berichtsjalen.

Zustellungsverweigerung. Der Kaufmann Paul Robert Kuhn...

Wahrscheinliche Verbrechen. Der Landarbeiter Rudolf Trid...

Hilfsleistung aus Not. Ein Schriftföhrer in Oliva wurde aus der...

Hilfsleistung aus Not. Ein Schriftföhrer in Oliva wurde aus der...

„Kost mir eher ein.“ „Nur wäre es, das du dich selbst und andere Dummheiten sein...

„Früh am andern Morgen sagst du: „Halt wohl mit demogen. Bader, wenn ich mich heute außer dem Hause herumtreibe!...“

„Zur wie du willst.“ „Muss der Bauer, das du dich mit gar Arbeit ansetzen, wenn ich dich nicht. Solche werden den Bauern, ob sie sie ihm ins Quartier legt, oder ihn selber bewohnen.“

„Wo ist denn die Reife?“ „Vorläufig der Reife.“ „Der Reife sag ein gleichmäßiges Maul und neige den Kopf gegen eine Achse.“

„Zwei verheirathete ihr den Weg.“ „Du bist mir böse und hast das Recht dazu.“

„So ist mir deine Hand darauf, das du mir wieder gut bist.“ „Sie reichte ihm die Hand.“

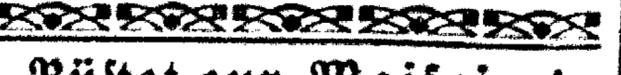
„So ist mir deine Hand darauf, das du mir wieder gut bist.“ „Sie reichte ihm die Hand.“

„So ist mir deine Hand darauf, das du mir wieder gut bist.“ „Sie reichte ihm die Hand.“

er die Arbeitslosenunterstützung erlangen. Das Gericht verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis wegen Unterschlagung...

Schwer bestraft Einbrecher. Der der Strafkammer hatte sich der Kaufmann Friedrich in Danzig wegen Einbruchdiebstahls...

Zweifelhafte Jobbezieher. Der Jülicher Ind aus Jüngfer hatte sich vor der Berufungskammer wegen Verleitung eines...



Rüstet zur Maifeier!

Tragischer und brutaler zeigt sich die imperialistische Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Immer verheerender machen sich die Auswirkungen...

einig und stark zusammenzufassen und für die Befreiung der Menschheit aus dem Elend der Gegenwart zu kämpfen.

Für dieses Ziel gerade am 1. Mai dieses Jahres zu demonstrieren rüsten sich schon Millionen von Massenangehörigen.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Trefft alle Vorbereitungen, damit der 1. Mai 1921 eine gewaltige Kundgebung gegen die kapitalistische Verelendung für Demokratie und Sozialismus werde.

an und die beiden Beamten bestiegen das Boot. Der Angeklagte machte nun dem Beamten Vorwürfe, daß er auf einen Familien...

Der Fund der technischen Angestellten und Beamten verhandelt seinen Jahresbericht über das Jahr 1920. Aus der umfangreichen Schrift ist zu entnehmen, daß in dieser größten und anerkannt...

Der Fund der technischen Angestellten und Beamten verhandelt seinen Jahresbericht über das Jahr 1920. Aus der umfangreichen Schrift ist zu entnehmen, daß in dieser größten und anerkannt...

Der Fund der technischen Angestellten und Beamten verhandelt seinen Jahresbericht über das Jahr 1920. Aus der umfangreichen Schrift ist zu entnehmen, daß in dieser größten und anerkannt...

Bewerkschaftliches.

Der Fund der technischen Angestellten und Beamten verhandelt seinen Jahresbericht über das Jahr 1920. Aus der umfangreichen Schrift ist zu entnehmen, daß in dieser größten und anerkannt...

Zweiter Abend des Danziger Kammermusikkabarettes.

Den Künstlern des Leipziger Gewandhaus-Quartetts hatte sich gestern noch der Pianist Otto Weinreich zu ihrem üblichen Tun zugesellt. An der Spitze des gestrigen Programms stand das Klaviertrio in B-Dur (opus 99) von Schubert...

Den Künstlern des Leipziger Gewandhaus-Quartetts hatte sich gestern noch der Pianist Otto Weinreich zu ihrem üblichen Tun zugesellt. An der Spitze des gestrigen Programms stand das Klaviertrio in B-Dur (opus 99) von Schubert...

Den Künstlern des Leipziger Gewandhaus-Quartetts hatte sich gestern noch der Pianist Otto Weinreich zu ihrem üblichen Tun zugesellt. An der Spitze des gestrigen Programms stand das Klaviertrio in B-Dur (opus 99) von Schubert...

Den Künstlern des Leipziger Gewandhaus-Quartetts hatte sich gestern noch der Pianist Otto Weinreich zu ihrem üblichen Tun zugesellt. An der Spitze des gestrigen Programms stand das Klaviertrio in B-Dur (opus 99) von Schubert...

Den Künstlern des Leipziger Gewandhaus-Quartetts hatte sich gestern noch der Pianist Otto Weinreich zu ihrem üblichen Tun zugesellt. An der Spitze des gestrigen Programms stand das Klaviertrio in B-Dur (opus 99) von Schubert...

Den Künstlern des Leipziger Gewandhaus-Quartetts hatte sich gestern noch der Pianist Otto Weinreich zu ihrem üblichen Tun zugesellt. An der Spitze des gestrigen Programms stand das Klaviertrio in B-Dur (opus 99) von Schubert...

nche Arbeit hat der Fund erhebliche Verbesserungen der Arbeiterverhältnisse der technischen Angestellten und Beamten erreicht. Nach weniger als 200 Tarifverträge wurden im Jahre 1920 von ihm abgeschlossen...

Aus aller Welt.

Endgültige Ausführung des Bochumer Millionenraubes. Der Bochumer Millionenraub, der seit langem die Volksgedanken in Deutschland und Preußen beschäftigte ist jetzt durch die Verurteilung des Täters...

Gelenkrheumatismus, Ischias, Hergenrschuß.

Logal betrichtete geradezu Wunder. Herr Ingenieur J. Raab, Gorbüll, schreibt u. a.: „Logal-Tafelchen haben bei mir geradezu Wunder verrichtet. Nach 5 monatlichem Krankenlager verlor ich es zunächst mit einer kleinen Dosis Logal.“

Den vokalsten Teil des gestrigen Konzertes bestritt die hier bereits in bester Erinnerung stehende Berliner Konzertlängerin Lotte Leonard. Die Künstlerin verfügt über ein metallisch, klingvolles Organ von glodenhafter Fülle und Resonanz.

Die Künstlerin sang zunächst sieben Lieder aus dem „Spanischen Liederbuch“ von Hugo Wolf, in denen sie die oft recht eigenwillige melodische Linie und Harmonik mit vollendeter Klarheit wiedergab...

Der Besuch des Kammermusikfestes entsprach leider bei weitem nicht seiner künstlerischen Bedeutung. Die gebotenen Gemüthe waren so eindrucklos, daß man darüber sogar bis zu einem gewissen Grade die Räte des Saales vergessen konnte.

Der Besuch des Kammermusikfestes entsprach leider bei weitem nicht seiner künstlerischen Bedeutung. Die gebotenen Gemüthe waren so eindrucklos, daß man darüber sogar bis zu einem gewissen Grade die Räte des Saales vergessen konnte.

Der Besuch des Kammermusikfestes entsprach leider bei weitem nicht seiner künstlerischen Bedeutung. Die gebotenen Gemüthe waren so eindrucklos, daß man darüber sogar bis zu einem gewissen Grade die Räte des Saales vergessen konnte.

Der Besuch des Kammermusikfestes entsprach leider bei weitem nicht seiner künstlerischen Bedeutung. Die gebotenen Gemüthe waren so eindrucklos, daß man darüber sogar bis zu einem gewissen Grade die Räte des Saales vergessen konnte.

Der Besuch des Kammermusikfestes entsprach leider bei weitem nicht seiner künstlerischen Bedeutung. Die gebotenen Gemüthe waren so eindrucklos, daß man darüber sogar bis zu einem gewissen Grade die Räte des Saales vergessen konnte.

Danziger Nachrichten.

Die Verhandlungen zwischen Danzig und Polen

werden, wie wir erfahren, zu Beginn nächster Woche zunächst in Warschau und später in Danzig fortgesetzt werden. Am Sonntagabend begibt sich Senator Dr. Volkmann mit mehreren Herren zur Fortführung der Verhandlungen in den Zoll- und Finanzfragen nach Warschau, wo er voraussichtlich bis Dienstagabend verbleibt. Die polnischen Mitglieder der planmäßig in Danzig zusammentretenden Kommission treffen dann Mittwoch früh zu weiteren Verhandlungen in Danzig ein.

Senator Jemelowski, der Vorsitzende der Danziger Abordnung für die Verhandlungen mit Polen, tritt Anfang Mai einen einmonatlichen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit an. Seine Vertretung in der Leitung der Danziger polnischen Verhandlungen übernehmen für die Dauer seiner Abwesenheit die Senatoren Dr. Volkmann und Dr. Eichert.

Der Magistrat dankt freiwillig ab.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stellte Bürgermeister Ball mit, daß sich der Magistrat zum 1. Mai auflösen werde. Das Verlangen des Senats auf Hebernahme der Magistratsgeschäfte zum 1. Mai werde in der Verfassung nicht begründet, doch wolle der Magistrat keine „Perpetuität“ schaffen. Dem Ansinen des Senats auf dem Posten zu bleiben, könne der Magistrat nicht Folge geben und trete er daher zurück. Wir verweisen unsere Leser auf den ausführlichen Bericht in der Beilage.

Freimachung von Geschäftsräumen zu Wohnungen.

Der Magistrat (Wohnungsamt) wendet sich in einem Aufrufe unserer heutigen Ausgabe an die Einwohner mit der Bitte, ihn in seinem Bestreben, alles, was bis zum 1. Oktober 1918 Wohnzwecken diente, auch den Wohnungsuchenden zu erhalten, tatkräftig zu unterstützen. Der Behörde können naturgemäß alle diese Fälle nicht bekannt sein, und sie ist auf die tätige Mithilfe eines jeden Bürgers angewiesen, der ein Interesse daran hat, daß die erlassenen, durch das Wohnungsgesetz begründeten, Verordnungen Erfolg finden. Es wird bei dieser Gelegenheit betont, daß Firmen, deren Erwirtschaftung im Wirtschaftsleben des Freistaates nachgewiesen werden kann, durch angemessene Abstandssummen, sich die Möglichkeit eröffnen können, die für die Aufrechterhaltung ihres Geschäftsbetriebes notwendigen Räume weiter zu benutzen. Diese Summen werden zur Schaffung neuer Wohnungen verwendet. Schriftliche Anzeigen von Wohnräumen, die widerrechtlich nach dem 1. Oktober 1918 zu Geschäftszwecken benutzt werden, sind direkt an das Wohnungsamt, Wiebenastraße 3, Hb. des Herrn Reg.-Bmt. Lenk oder an den Wohnungsausschuß 2, Hb. des Herrn Stadtv. Scheller, Fischmarkt 16-18 zu leisten.

Der einmaligen Geldzuwendung an Erwerbslose wurde gestern vom Volkstag in dritter Lesung in der von uns bereits veröffentlichten Fassung der zweiten Lesung zugestimmt. Die Verbesserungsanträge der Linken wurden auch diesmal von den Bürgerlichen abgelehnt.

Der Wintergarten vor der Wiedereröffnung. Daß alteingesessene und beliebte Sommervariété am Odiavaer Tor rüstet sich, um wie gewohnt am 1. Mai mit der neuen Spielzeit zu beginnen. Die notwendigen Reparaturen und Verbesserungen sind so gut wie abgeschlossen, so daß sich das Variétékunst und Unterhaltungsgewanderte Institut zur Eröffnung der Saison seinen zahllosen Freunden aus Stadt und Land wieder in gefälliger Gewand repräsentieren kann. Im heutigen Anzeigenteil wird die Eröffnungsfeier angekündigt. Trotz der erschwerten Umstände will Direktor Arthur Schwinn auch in diesem Jahre seinen bewährten Grundgedanken treu bleiben, möglichst nur solche Variétékräfte nach Danzig zu bringen, die für unser Publikum eine Neuerfindung sind. Die Zeitverhältnisse erschweren die Zusammenstellung von Programmen außerordentlich. Pauschierigkeiten und sonstige Reiseunquemlichkeiten lassen Danzig für die reisenden Variétékünstler durchaus nicht zu einem gern besuchten Engagementsorte werden. Kleine Gagen sind notwendig, um Artisten von Aus über den Korridor nach Danzig zu bringen. Um so höher ist es zu bewerten, daß der Wintergarten auch in diesem Jahre wieder so viel Hervorragendes aufbringen will, um seinen Besuchern Stunden wirklichen Genusses zu bereiten. Das Eröffnungsprogramm soll die Winterkavaleen sein, nach der man erkennen kann, was der bevorstehende Variétéwinter bringen wird. Die Programme sollen so gehalten sein, daß sie für jeden Geschmack etwas bringen. Jeder Programmwechsel soll Überraschungen bringen. Eine Bar und eine Tische mit Kleinfestbetrieb werden in den vorderen Räumen des Etablissements zur Einkehr laden, da die von der Jazz-Band geschaffenen Räume wieder in die Bewirtung der Wintergarten-Direktion übergegangen sind.

Danziger Stadttheater.

Aberts: „Fra Diavolo“.

Lubers Musik, sonst nicht ohne Geist und reichlich routinierter sollte doch endlich erlischt sein. Und wenn man sich ihrer einmal bedient, so unter einer unerlässlichen Vorbedingung: daß sie in jeder Beziehung aus dem Geiste der damaligen Zeit wiedergeboren werde. Dafür ist unsere Oper, die vorerst ein paar hundert andere Dinge zu erledigen hat, nicht der gegebene Maß. Oder verfügen wir etwa über einen wirklich berufenen Vertreter der Titelpartie? Denn von diesem Gesichtspunkte aus wäre die Aufführung auch noch allenfalls zu rechtfertigen.

Nun wird man aber bei allem Wohlwollen nicht gut behaupten können, daß Fritz Stein, dessen Können auf geradezu entgegengesetztem Gebiete liegt, ein echter Fra Diavolo war. Er entledigte sich zwar seiner Aufgabe, wie bei früheren Gelegenheiten, wo er den Rainagel machen mußte, mit musikalischer Zuverlässigkeit und zeigte sich auch darstellerisch auf sicheren Füßen, wobei er sich direkt zu einem für seine Körpermaße erstaunlichen parterre-akrobatischen Akt steigerte.

Sonst hatte man nach dem ersten Akt das Gefühl, in einer Operettenaufführung zu sein, denn darauf war die Oper musikalisch und szenisch zugeschnitten, obgleich Kapellmeister Walter sich bemühte, hier und da Lubers als den Meister der Instrumental heranzustellen zu lassen. Von den Darstellern hielt sich neher der Titelpartie Eise Witzgraf als Zerline noch am meisten im Rahmen einer Oper, wenn sie auch nicht um Dinge Roterayroubratie war. Treudenen

Zum Stimmkreis

Die Versuche des Gewerbe-Richters, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Stimmkreisfrage zu Verhandlungen zu führen, sind an dem ablaufenden Standpunkt der Arbeitgeber als endgültig gescheitert zu betrachten. Demzufolge bleibt den Stimmkreismännern nichts anderes übrig, als weiter im Streik zu verharren, um so das Unternehmertum zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Neuerdings machen sich im Arbeitgeber-Verband Zerwürfungen bemerkbar, indem diese nicht mehr ganz willenlos nach der Fährde des Herrn Buchholz, des Direktors der Weichsel-K. S. tangen wollen. — So hat die zweitgrößte Firma, welche für den Streik in Frage kommt, Johannes J. den Vorkurs für die Elbe- und Oberelbschiffahrt als für sich verbindlich anerkannt, sobald die bei dieser Firma beschäftigten Stimmkreismännern Lohnforderungen von 40- bis 50.- Mk. pro Woche als Erfolg buchen können. Ebenfalls haben auch andere Firmen bereits Verhandlungen angekündigt und es steht zu erwarten, daß auch dort die Lohn- und Arbeitsbedingungen in absehbarer Zeit geregelt werden und die Stimmkreismännern alsdann in diesen Betrieben die Arbeit wieder aufnehmen können.

Ein Versammlungsanzeiger soll für die Folge regelmäßig in der „Volkstimme“ erscheinen und unsern Lesern eine Übersicht über stattfindende Sitzungen und Versammlungen bieten. Die Parteivereine, sowie die dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften und sonstige Vereine und Körperschaften der modernen Arbeiterbewegung wollen ihre für diese Rubrik bestimmten Ankündigungen der Redaktion stets rechtzeitig drei Tage vor dem Stattfinden der Versammlungen übermitteln.

Verlegung des Saals und Brennstoffes. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich ist, befindet sich das Saal- und Brennstoffamt von Donnerstag, den 28. d. M. ab in der früheren Artilleriekaserne. Hohe Beigen. Während der Umzugstage (28. und 27. d. M.) bleiben die Geschäftsräume für das Publikum geschlossen.

Wann wird die Bahnhofsuhre wieder beleuchtet? Wie uns mitgeteilt wird, hat sich die Danziger Verkehrszentrale an den Senat, wie an die Eisenbahndirektion mit der Forderung gewandt, nunmehr wieder die Turmuhr des Danziger Hauptbahnhofes beleuchten zu lassen. Im Interesse des Danziger Verkehrs ist zu hoffen, daß dem Ersuchen der Verkehrszentrale schnellstmöglich stattgegeben wird.

Eigentümer gesucht. Am Montag, den 11. April 1921, zwischen 9 und 10 Uhr abends sind auf einem, mit einem Schimmel bespannten Kastenwagen circa 40 vieredrige, braunlackierte, 30-40 Zentimeter hohe Blechkannen mit je 8-10 Liter Inhalt (Lad oder Benzin) von Weichselmünde über Neuschwarzwasser nach Danzig geschickt und von dem Kutscher angeblich vor der Schule in der Baumgartischen Gasse abgesetzt worden. Es handelt sich allem Anschein nach um gestohlenes bisher nicht ermitteltes Gut. Vor Ankauf wird gewarnt. Bestohlene oder Personen, die zur Sache Angaben machen können, wollen sich im Kriminalbureau, Abteilung Wucherstelle, Wallplatz 15/16, im Gebäude der früheren Maschinengewehrabteilung melden.

Brand eines Flugzeuges bei einer Kollisions. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr unternahm ein Flugzeug der Danziger Luftverehrerei mit zwei Passagieren unter Führung des Piloten Kurt Johannes Fischer vom Flugplatz aus einen Ausflug. Als sich das Flugzeug in der Nähe des Seestrandes befand, machte sich eine Schwärzung am Motor bemerkbar, die den Flugzeugführer zum Niedergehen zwang. Wenige Schritte vom Boden entfernt geriet der Bergarbeiter in Brand. Die beiden Passagiere retteten sich durch einen Sprung auf die Erde und kamen ohne Verletzungen davon. Das Flugzeug ging ebenfalls nieder und geriet in Brand. Der Flugzeugführer Fischer erlitt erhebliche Brandwunden und wurde mit dem Sanitätswagen nach dem Krankenhaus gebracht.

Internationale Wohnungsnot.

Die Wohnungsnot ist heute eine Weltkrankheit, entstanden aus der im Gefolge des Krieges eingetretenen Zerrüttung unseres Wirtschaftskörpers. Überall zeigen sich die gleichen Schäden, verursacht durch Baukostensteigerung, Materialmangel, Arbeitermangel. Und überall werden die gleichen Versuche unternommen, dem Uebel beizukommen. In England z. B. fehlen 800000 Wohnungen. Die Hauptträger des Wohnungsbauwesens sind die Gemeinden und gemeinnützige Bauvereinigungen, denen Beihilfen und Zuschüsse vom Staat gewährt werden. Von den englischen Dominions meldet Kanada ein Manko von 50000 Wohnungen. In den Großstädten Australiens herrscht eine empfindliche Not an Wohnraum, da wegen Mangels an Baustoffen nicht gebaut werden kann. Ebenso sind in Neuseeland erhebliche Staatsmittel zur Förderung des Wohnungsbauwesens durch Beschaffung von Baumaterialien. Ueber die Verhältnisse in Südafrika liegt ein Bericht vom Februar 1920 vor. Danach herrscht in den Großstädten der

und sympathischen Humor gab Max A. Schner als Vorb., wobei ihn Alice v. d. Linden als seine Gattin unterstützte. Humor boten im übrigen auch die übrigen Mitwirkenden, gefanglich besonders Kurt Horst als Lorenz, allerdings mehr unfreiwillig. Als Gast auf Anstellung gab Otto Rubahn den einen Splibuben, ohne dabei Anlaß zu bieten, sich über seine gefanglichen Qualitäten klar zu werden; mimisch hielt er auf feiblichen Geschma und auf jenes Maß, das Walter Mann so geschmackverlekehnd überschritt, daß man sich in einem Zirkus glaubte. Willibald Omantowski.

Stadttheater Danzig. Wochenplan: Sonntag, den 24. abends 7 Uhr: (Dauerkarten haben keine Gültigkeit) „Die tolle Komte“. Operette in 3 Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schanzer. Musik von Walter Kollo. Montag, den 25. abends 7 Uhr: (B 2) „Fuhrmann Henschel“. Dienstag, den 26. abends 7 Uhr: (C 2) „Die tolle Komte“. Mittwoch, den 27. abends 7 Uhr: (D 2) „Peterle“. Donnerstag, den 28. abends 7 Uhr: (E 2) „Der Tod des Empodokles“. — Freitag, den 29. abends 7 Uhr: (A 1) „Die tolle Komte“. — Samstag, den 30. abends 7 Uhr: (Dauerkarten B 1) „Gastmahl der Liebe“. — Sonntag, den 1. Mai abends 7 Uhr: (Dauerkarten haben keine Gültigkeit) „Erhöhte Preise“. Gastspiel Hans Walteug, Berlin „Carmen“. (Don Jose: Hans Walteug a. Gast.)

Neues Operettentheater. Wochenplan: Sonnabend: Sonntag, Montag, Dienstag: „Weinende Erben“. Mittwoch und Freitag: „Wenn Liebe erwacht“. Donnerstag: „Weinende Erben“. Sonnabend: Zum ersten Male „Försterhristel“. Operette in drei Akten von Jarow. Sonntag: Wiederholung.

Anton ein empfindlicher Wohnungsmangel, der in Capotoni allein auf 3500, in Johannesburg auf 1600 fehlende Wohnungen geschätzt wird. Von den übrigen am Riege unmittelbar beteiligten Länder interessiert namentlich Frankreich. In Paris sind seit Kriegsende bis Juli 1920 nur 51 Häuser errichtet worden — gegen 1690 im Jahre 1912. Die Baukosten sind auf das Fünffache gestiegen. In Italien werden den Gemeinden und gemeinnützigen Bauvereinigungen die Mittel zur Errichtung von Wohnungen gewährt. Das gleiche gilt von der Schweiz, wo die Zahl der fehlenden Wohnungen auf 30- bis 35 000 geschätzt wird. In Holland liegt der Wohnungsbau fast gänzlich in den Händen gemeinnütziger Bauvereinigungen, die durch Genehmigung von Staatszuschüssen unterstützt werden. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika gibt es keine Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens und weder eine staatliche noch eine gemeinnützige Wohnungsfürsorge. Trotzdem ruht die private Bautätigkeit fast vollständig. Die Zahl der fehlenden Wohnungen wird auf 2 Millionen geschätzt. In Neuyork allein fehlen 40 000 Wohnungen.

Reiseplanänderungen auf der Strecke Danzig und Joppot. Am 1. Mai verkehren zwischen Danzig und Joppot die Fernzüge nach folgendem Fahrplan: Ab Danzig 6.45 vorm., 8.45, 9.21 nachmittags und 9.33 abends; ab Joppot 12.46 nachts, 6.50 morgens, 1.02, 2.36 nachm. und 8.42 abends. Die Züge halten nicht in Oltwa und Langfuhr, nur der Nachtzug 12.46 ab Joppot hält auch auf diesen Zwischenstationen.

Pollzeibehälter vom 23. d. M. 1921. Verhaftet: 10 Personen, darunter 5 wegen Diebstahl, 1 wegen Bettelns, 4 in Pollzeibehälter.

Chra. Die Parteileitung der S. P. D. Chra ruff zur zahlreichsten Beteiligung der im Etablissement „Esbahn“ vorgesehenen Mitarbeiter auf. Von 4 Uhr nachmittags soll ein großer Parteitag unter Mitwirkung von künstlerischen Kräften, Gesangsvereinen, Gießerei-Chra, Turn- und Sportvereinen, Fichte-Chra, Stadtgebiet und der Arbeiter-Jugend Chra stattfinden. Die Festrede hält Volkstagsabgeordneter Genosse Artur Brill. Nebenbelustigungen, Beilichtfeuerwerk, Fackelprozession sollen der weiteren Auflockerung des Festes dienen. Alle Genossen werden aufgefordert, für zahlreiche Beteiligung an der Mitarbeiter zu werden.

Joppot. Stadtverordnetenversammlung. Der Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung widmete der Bürgermeister Dr. Baus der ehemaligen verstorbenen Kaiserin einen Nachruf. Die Anrede einschließlich der Polen waren nicht anwesend. Sodann wurde der Verlesung der Beurlaubung des Bürgermeisters vom 25. April bis 6. Juni d. J. bekanntgegeben. An Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Michael (Dinall) wurde der Bädermeister Mengel als Stadtverordneter eingeführt. Eine Dringlichkeitsvorlage, wonach den Musikern der Kurkapelle eine Entschädigung von 1800 Mk. pro Monat gewährt werden soll, wird angenommen. Der unbesoldete Stadtrat Walter Wanninger hat sein Mandat niedergelegt. Die Kurtagordnung für 1921 wird angenommen. Die Kurtagordnung sind für Fremde und Freistaatler verschieden bemessen, sonst aber wesentlich erhöht worden. Angenommen werden auch die allgemeinen Bestimmungen über Bestellungen, Ermäßigungen pp. von der Kurtag, den Kongreßbeiträgen usw. u. a. erhalten auch die Schwerebeschädigten für sich und, wenn erforderlich, auch für eine Begleitperson diese Ermäßigungen bezogen. Befreiungen. Für die Entwässerung des Schilb- und Kalfertals werden 1 Million Mark bewilligt. Dieses Projekt schafft neue Arbeitsplätze und ist deshalb im Interesse der Erwerbslosen besonders zu begrüßen. Stadtv. Kuhnert (Pole) war gegen die Vorlage mit Rücksicht auf die hohen Kosten. Er meinte, Joppot müsse sparen und könne nur für dringendere Sachen solche Ausgaben machen. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wurde Verlesung des Restes der Tagesordnung beschlossen.

Verammlungs-Anzeiger

Allgemeiner Gewerkschaftsbund. Montag, den 28. April, abends 6 Uhr, Gesellschaftsraum 1/2, Zimmer 70, Delegierten-Jahresgeneralversammlung.

Zentral-Verband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Montag, den 26. im Josephshaus, Löpfergasse 6-8 öffentliche Versammlung für alle Kassier und Köche. Tagesordnung: Das Braunschweiger Frauenlokal und der Verrat der „Bundesleitung“ an den Interessen der Kollegenschaft. Referent: Verbandssekretär Koll. Fritz Saar-Berlin. Freie Aussprache.

Berein Arbeiterjugend Danzig. Sonntag, den 24. d. M. Tagestour durch den Odiavaer Wald. Führer Genosse Bießer. Abmarsch vom Heumarkt um 6 Uhr. — Für die an der Mitarbeiter beteiligten Mitglieder ist vormittags 10 Uhr in Café Verta Generalprobe.

Berein Arbeiter-Jugend Chra. Sonntag, den 24. d. M. nachmittags 4 Uhr im Heim (Evangel. Schule) Festprobe. Das päntliche Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

S. P. D. Parteinachrichten.

Seubude. Bezirksversammlung am Sonnabend, den 28. April, abends 7 Uhr bei Schönwiese.

Standesamt vom 23. April 1921.

Todesfälle: Sekretter der 11. Kompanie Landwehr-Inf.-Regiments Nr. 21 Artur Reimann, 35 J. 5 M. — Weichensfelder a. D. Julius Raehert, 62 J. 3 M. — Köchin Berta Rahmann, 75 J. — Witwe Margarete Hoelger geb. Strelter, fast 64 J. — Witwe Martha Peters geb. Gartmann, 50 J. 6 M. — Invalide Richard Funt, 71 J. — Unehelich: 1 Sohn.

Letzte Nachrichten.

Das Optionsrecht der Deutschen in Vommereien.

Berlin, 23. April. Die Ergebnisse der Verhandlungen, die in Polen zwischen Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung über die Regelung der sich aus dem Friedensverträge von Versailles ergebenden Optionsrechte der belgerseitigen Staatsangehörigen stattfinden, sind in einem gemeinsamen Protokoll zusammengefaßt worden, das als Grundlage für die in den nächsten Tagen in Paris beginnende endgültige Verhandlung dienen wird.

